

Rechtlich zwingt die Istanbul-Konvention, die im Februar 2018 von Deutschland ratifiziert wurde, die Bundesregierung jedoch längst dazu, auch präventiv Maßnahmen hinsichtlich der Gewalt gegen Frauen zu ergreifen, nicht zuletzt durch die Unterstützung unabhängiger Monitoringstellen, die zumindest ein angemessenes Datenkontingent bieten könnten.

Die Panelistinnen waren sich darüber einig, dass es eines eigenen Straftatbestands des Femizids, wie es ihn in etlichen Staaten Lateinamerikas gibt, nicht bedürfe. Das bestehende Recht solle schlicht korrekt angewendet und ausgelegt werden. Die Istanbul-Konvention erlaube beispielsweise die Strafschärfung von Taten, die einen geschlechtsbezogenen und diskriminierenden Charakter haben. Jedenfalls eine Strafmilderung aufgrund der Kategorisierung als „Verzweiflungstat“ sollte den Tätern nicht zugutekommen. Viel wichtiger als ein eigener Straftatbe-

stand seien, so *Leonie Steinl*, gegebenenfalls sogar verpflichtende Fortbildungen und Sensibilisierungen in der Justiz.

Repräsentant*innen letzterer saßen auch im Publikum, so z.B. Frau Dr. *Schneider*, Richterin am Fünften Strafsenat des Bundesgerichtshofs, die die Publikumsdiskussion mit einem erfreulicherweise sehr hoffnungsvollen Beitrag zur Rechtsprechungspraxis ihres Senats eröffnete.

Geschlossen wurde die Veranstaltung schließlich mit einem eindringlichen Appell von *Ulrike Lembke* an das Publikum, sich für Gleichberechtigung und gegen sexualisierte Gewalt einzusetzen, nicht zuletzt im Rahmen von zivilgesellschaftlichem Engagement. Dass wir mit dem djb genau das Tag für Tag machen, konnten 250, größtenteils junge Menschen an diesem Abend live beobachten. Auch das ist ein Grund, warum der Abend als Erfolg in die Geschichte der djb-Veranstaltungen eingehen wird.

DOI: 10.5771/1866-377X-2020-1-26

Hammonias Töchter fragen nach – Wurde uns geantwortet?

Veranstaltung am 20. Januar 2020, Hamburg

Katharina Vogel

Mitglied im djb-Landesverband Hamburg und seit Oktober 2019 ehrenamtlich im Landesfrauenrat Hamburg tätig

Am 23. Februar 2020 hatten wir Hamburgerinnen die Qual der Wahl. Hamburg wählte eine neue Bürgerschaft und die Wahl versprach so spannend zu werden, wie selten zuvor. Ein guter Zeitpunkt, um nachzufragen, wie sich die Parteien in Sachen Frauenpolitik positionieren.

Zur diesjährigen Wahl hat sich der djb-Landesverband Hamburg mit dem Landesfrauenrat Hamburg zusammengetan, um gemeinsam die bereits traditionelle Wahlveranstaltung „Hammonias Töchter fragen nach“ auszurichten. Der Veranstaltungsname, abgeleitet von der Hamburger Stadtgöttin, verband uns alle: Wir Hamburgerinnen sind Hammonias Töchter und damit in der Verantwortung, die Gleichstellungspolitik der Stadt durch unsere Stimme mitzugestalten.

Eingeladen, unsere Fragen zu den Themen Parité, Gleichstellung als Querschnittsthema und Gewalt gegen Frauen zu beantworten, waren die Kandidat*innen für die Hamburger Bürgerschaft. Gefolgt sind dieser Einladung *Cansu Özdemir*, Spitzenkandidatin der LINKEN und bereits in der letzten Legislaturperiode Bürgerschaftsmitglied, *Carola Veit*, Präsidentin der Hamburger Bürgerschaft und Kandidatin für die SPD auf Platz 2 der Landesliste, *Franziska Hoppermann* (CDU), Vorsitzende der Frauenunion in Hamburg, *Mareike Engels*, Sprecherin und stellvertretende Vorsitzende der GRÜNEN Bürgerschaftsfraktion für Soziales, Frauen und Gleichstellung sowie *Ria Schröder* (FDP), Bundesvorsitzende der Jungen Liberalen und erstmals Kandidatin für die Bürgerschaft.

Die Referentinnen ließen auf einen spannenden Abend hoffen und wir sollten nicht enttäuscht werden. Im Rahmen

der Vorbereitung sorgte die Durchsicht der Wahlprogramme jedoch abwechselnd für Wut und Verzweiflung, denn das Thema Gleichstellung kam eher kurz. In ihrem Grußwort an die Referentinnen und die Gäste ließ *Cornelia Creischer*, erste Vorsitzende des Landesfrauenrats Hamburg, diese Enttäuschung durchblicken. Die Wahl sei mit zehn Spitzenkandidatinnen gegenüber fünf Spitzenkandidaten zwar durchaus weiblich geprägt, eine Frau an der Spitze könne, müsse das Thema Frau jedoch nicht unbedingt voranbringen. Insgesamt sei eine Lücke zwischen der weiblichen Zivilgesellschaft, die sich für ihre Rechte einsetzt, und der Politik entstanden. Gleichwohl lobte sie den Mut der Kandidatinnen, sich, trotz Hatespeech und Sexismus, für die Gesellschaft zu engagieren. Hierfür gab es im voll besetzten Schrödersaal des CVJM in Hamburg verdienten Applaus unserer Gäste.

Stellvertretend als eine von Hammonias Töchtern übernahm *Dana-Sophia Valentiner*, erste Vorsitzende des djb-Landesverbands Hamburg, die Moderation und leitete souverän und mit dem richtigen Biss durch die Veranstaltung. *Carola Veit* lieferte zunächst die Erklärung dafür, warum die Hamburger SPD das Thema Gleichstellung nicht präsenter in ihr Wahlprogramm aufgenommen habe. Gleichstellung betreffe alle gesellschaftlichen Bereiche, sodass sie als Vertreterin der SPD das kürzlich für Hamburg beschlossene Gender Budgeting als große Chance erachte. Hierin stimmten ihr auch die anderen Parteivertreterinnen zu, die Schwerpunkte waren jedoch erwartungsgemäß unterschiedlich. Setzte *Ria Schröder* auf Wirtschaft, Mobilität und selbstbestimmte Familienplanung, legte *Franziska Hoppermann* den Fokus auf Einsamkeit und Opferschutz. Doch eines wünschten sich alle: Mehr Frauen in der Bürgerschaft.



▲ Von links nach rechts: Carola Veit (SPD), Mareike Engels (GRÜNE), Ria Schröder (FDP), Franziska Hoppermann (CDU), Dana-Sophia Valentiner (djB), Cornelia Creischer (Landesfrauenrat Hamburg), Cansu Özdemir (LINKE)

(Foto: Julia Garbe, Landesfrauenrat, Hamburg)

Für Paritégesetze waren trotz alledem nicht alle Parteivertreterinnen zu gewinnen. Aus Sicht der SPD sollten Parteien die paritätische Aufstellung ihrer Kandidat*innen als selbstverständlich erachten, verfassungsrechtliche Bedenken gegen eine gesetzliche Regelung, wie sie derzeit in Brandenburg und Thüringen bestünden, müssten dennoch zunächst ausgeräumt werden. *Mareike Engels* betonte, dass die Hanseatische Bürgerschaft mit 38 Prozent einen der höchsten Frauenanteile bundesweit habe und lobte, dass man weit gekommen sei, wenn über eine Paritégesetzgebung überhaupt diskutiert werde. So viel vorsichtigen Optimismus teilte *Ria Schröder* nicht. Sie habe ausdrücklich verfassungsrechtliche Bedenken und sei im Konsens mit ihrer Partei gegen gesetzlich festgelegte Parité. Schließlich solle es auch möglich sein, dass mehr als 50 Prozent Frauen in einem Parlament tagten. Ein Ausblick, der derzeit eher utopisch erscheint.

Zum Thema Gewalt gegen Frauen erhielten wir nur teilweise eindeutige Aussagen. *Franziska Hoppermann* verwies auf das geplante sechste Hamburger Frauenhaus und darauf, dass Gewaltprävention auch gelungene Integration voraussetze. Ein Brückenschlag, den viele, die wissen, dass Gewalt gegen

Frauen und Femizide alle Gesellschaftsbereiche betrifft, nicht nachvollziehen können. Indes stimmte sie *Cansu Özdemir* nicht ausdrücklich zu, die eine vorbehaltlose Umsetzung der Istanbul-Konvention und einen eigenständigen Aufenthaltstitel für betroffene Frauen fordert. Aus Sicht von Grünen und SPD erfordert Gewaltprävention vor allem Unabhängigkeit. Mit Nachdruck und mit Recht erklärte *Mareike Engels* aus diesem Grund auch andere Politikfelder, wie zum Beispiel die Überwindung des Gender Pay Gap, zu Themen von Bedeutung für den Schutz von Frauen vor Gewalt.

Nach einem spannenden Abend brachte *Cansu Özdemir* es auf den Punkt: Alle Parteien müssen sich selbstkritisch fragen, welchen Stellenwert Gleichstellungspolitik für sie hat. Hier besteht in einigen Bereichen eindeutig Nachholbedarf. Nichtsdestotrotz konnten wir eines eindeutig feststellen – Feminismus ist aktueller denn je!